

Atom Müll

Abriss des Berliner Forschungsreaktors BER II nicht vor 2030

Der Reaktor des Helmholtz Zentrums Berlin (HZB) soll Ende 2019 endgültig abgeschaltet werden. Das HZB wünscht sich eine „Begleitgruppe“ nach dem Vorbild in Geesthacht.

Der Berliner Forschungsreaktor BER II soll entsprechend einem Beschluss des Aufsichtsrates des Helmholtz Zentrums Berlin (HZB) aus dem Jahre 2013 Ende 2019 endgültig abgeschaltet werden. „Wir möchten vor und während des Rückbauprojekts mit Bürgerinnen und Bürgern in Berlin und Brandenburg, mit Initiativen, Verbänden, in den Parlamenten vertretenen Parteien, Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen in einen echten Dialog treten, in dem wir die Bedenken und Ideen der Menschen aufnehmen und wo immer möglich in das Verfahren einfließen lassen“, erklärte der kommissarische wissenschaftliche Geschäftsführer des HZB, Professor Dr. Bernd Resch. Das soll zusätzlich zu und außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung der Öffentlichkeit geschehen. Dazu hat am 21. November 2017 in der Aula einer Schule in Berlin-Zehlendorf eine erste dreistündige Veranstaltung stattgefunden. Erschienen waren neben den leitenden Managern des HZB etwa 100 Teilnehmende aus Berlin, Potsdam und Umgebung. Sie tagten unter der Leitung von Frau Silke Freitag, die bereits den Begleitprozeß zur Stilllegung der Atomforschungsanlage der ehemaligen GKSS, heute HZG, in Geesthacht bei Hamburg seit 2012 moderiert. Die HZG-Geschäftsleitung wünscht sich in Berlin einen Begleitprozeß nach diesem Vorbild.

Im April 2017 hatte das HZB bereits einen „Grundantrag“ auf „Stilllegung und Abbau

des Berliner Experimentierreaktors BER II“ bei der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eingereicht und bereits für August 2018 ist ein sogenannter Scoping-Termin vorgesehen, der erste Termin aller Beteiligten, inklusive Umweltverbänden und mit der Aufsichtsbehörde, im rechtlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren. Der tatsächliche Abriss und Rückbau der Anlage wird jedoch nach dem Genehmigungsverfahren erst nach 2030 beginnen können, so der Leiter des Reaktorbetriebs, Dr. Stephan Welzel. Über die zu erwartenden Materialmengen gebe es zwar bereits Vorstellungen, zu den Mengen der dann freizumessenden und für die Rückführung in den Wirtschaftskreislauf (Recycling) und zur Ablagerung auf normalen Hausmülldeponien vorgesehenen Abrissmaterialien mochte er jedoch keine Angaben machen. Das sei zu heikel. Ein „sicherer Einschluss“ der Anlage über längere Zeit nach Entfernung der Brennelemente, als Alternative zur Freisetzung freigesetzter Radionuklide, sei jedenfalls nicht vorgesehen. Grund seien damit verbundene höhere Kosten und die Vorteile einer Nutzung der anlagenspezifischen Kenntnisse der derzeit Beschäftigten, bevor diese aus dem Arbeitsleben ausscheiden und diese Kenntnisse für den Abriss verlorengehen.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vor allem die Anwohner des HZB, übten harsche Kritik an der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit des Be-

treibers und äußerten sich unzufrieden über das hohe Störfallrisiko: Flugrouten führten bereits heute und nicht erst nach einer künftigen Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens BER direkt über das Reaktorgelände. Und groteske Ideen in früheren Katastrophenschutzplänen, die die Verteilung von Jodtabletten im Krisenfall durch Taxifahrer vorsehen, schafften keine Vertrauensbasis. Nur zögerlich gab der Betreiber zu, daß die Reaktorhalle nicht gegen Flugzeugabstürze geschützt ist.

Im Januar 2018 soll es nun einen ersten Termin* für die Gründung einer Vor-Begleitgruppe geben. Dieser Termin sei für jeden offen, wurde erklärt. Zugesagt wurde, daß es keine inhaltlichen Tabus geben soll. Das HZB will sich auch mit den Altlasten seiner Vergangenheit auseinandersetzen, allerdings nicht mit der

Ruine des BER I, die auf dem Gelände begraben liegt. Für diesen Vorgänger des BER II seien die Eigentumsverhältnisse unklar und damit auch die Zuständigkeiten für die Finanzierung seiner Entfernung, hieß es.

Mehrere Anwohner haben sich trotz aller schlechten Erfahrungen und trotz allem Misstrauen bereiterklärt, in einer Gruppe auszuloten, ob das Angebot des Betreibers ernstgemeint und annehmbar ist. Auf der Internetseite <https://www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de/> wollen sie ihre Sicht der Dinge darstellen. **Th.D.**

Informationen zum geplanten Dialog-Prozess und die Vorträge des Infoabends soll es demnächst auf der Homepage des HZB geben: www.helmholtz-berlin.de
* 15.1.2018, 18 Uhr im Verdi-Bildungszentrum, Koblanckstr. 10, 14109 Berlin. ●

Atompolitik

Hulot lässt die Katze aus dem Sack

Von Detlef zum Winkel*

Pünktlich zum Auftakt der Bonner Klimakonferenz hat der französische Umweltminister Nicolas Hulot ein Bekenntnis zur Kernkraft abgelegt. Um den CO₂-Ausstoß zu senken, müsse man auf Kohle verzichten und dann brauche man eben die Kernenergie. Deshalb will Hulot die kleine französische Energiewende verschieben, die eine Reduzierung des Atomstromanteils an der Elektrizitätserzeugung von 72 Prozent (2016) auf 50 Prozent (2025) vorsieht. Erst vor zwei Jahren wurde sie beschlossen, und schon steht die nächste Laufzeitverlängerung ins Haus. Sie betrifft die 17 ältesten französischen AKWs. Fessenheim allerdings, versichert Hulot, sei davon nicht

tangiert. Die Anlage am Oberrhein werde wie angekündigt geschlossen, sobald der Europäische Druckwasserreaktor Flamanville-3 an der normanischen Küste in Betrieb gegangen ist.

Flamanville steht für die zweite richtungsweisende Entscheidung der Pariser Umweltpolitik. Mitte Oktober erteilte die französische Atomaufsicht ASN eine Freigabe für den 500 Tonnen schweren Reaktor-druckbehälter des EPR und beendete damit einen zweieinhalbjährigen Streit. Die Behörde ist formal unabhängig und untersteht faktisch dem Umweltministerium. Zum ersten Mal hat sie für eine zentrale Reaktorkomponente, der sie explizit „verminderte